

dbb jugend nrw gewinnt European Excellence Award 2017

Deutscher Beamtenbund Nordrhein-Westfalen gratuliert: Eine kluge Idee innovativ umgesetzt

Wenn Beschäftigte im Sozialamt Morddrohungen bekommen und Bahnmitarbeiter blutiggeschlagen werden, dann läuft etwas schief. Mit der Kampagne „Gefahrenzone öffentlicher Dienst“ hat die dbb jugend nrw das Thema vor einem Jahr publik gemacht und gewann damit jetzt den European Excellence Award.



© dbb jugend nrw

Jennifer Ferdinand, stellvertretende Vorsitzende der dbb jugend nrw, hat den Preis entgegengenommen

Beinahe täglich kommt es irgendwo im öffentlichen Dienst zu einem Übergriff auf einen Beschäftigten. Straßenwärter werden an Baustellen mit Abfall beworfen, Bademeister in Bädern angepöbelt oder Lehrer in Schulen angegriffen. Um auf die verheerende Situation aufmerksam zu

machen und die politisch Verantwortlichen in die Pflicht zu nehmen, aber auch um Sprachrohr für die zu Unrecht Angegriffenen zu sein, startete die Deutsche Beamtenbund-Jugend Nordrhein-Westfalen (dbb jugend nrw) im April 2016 im Netz unter www.angegriffen.info die Kampagne

„Gefahrenzone öffentlicher Dienst“.

Jetzt erhielt sie dafür eine internationale Auszeichnung. In Brüssel nahmen **Jennifer Ferdinand**, stellvertretende Vorsitzende der dbb jugend nrw, und **Markus Klügel**, Geschäftsführer des gewerkschaftlichen Jugenddachverbandes, gemeinsam mit Vertretern der Digitalagentur giftGRÜN bei den European Excellence Awards in Public Affairs den ersten Preis in der Kategorie „Low Budget Campaign“ entgegen.

Sie ist die erste Preisträgerin dieser Kategorie in der Geschichte des Preises in Public Affairs. Die dbb jugend nrw setzte sich dabei gegen 200 Mitbewerber durch.

„Wir sind stolz auf diese begehrte Auszeichnung und freuen uns besonders darüber, dass dank der Kampagne das Thema ‚Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst‘ auch auf europäischer Ebene angekommen ist“, sagt Jennifer Ferdinand.

Auch der Deutsche Beamtenbund Nordrhein-Westfalen gratuliert der Preisträgerin. **Roland Staudé**, Vorsitzender des DBB NRW, hebt dabei die Bedeutung des Preises für die

gewerkschaftliche Jugendorganisation hervor: „Sich gegen mehr als 200 Bewerber zu behaupten, das ist schon eine tolle Leistung. Die dbb jugend nrw hat gezeigt, wie man auch mit einem finanziell eng gesteckten Rahmen seine Anliegen erfolgreich nach vorne bringen kann. Ein innovatives Konzept, viel Enthusiasmus, kluge Ideen und nicht zuletzt engagierte Kolleginnen und Kollegen haben letztlich zu diesem Erfolg geführt. Tolle Leistung, danke dafür!“

Durch verschiedene Aktionen wie Sicherheitskonferenzen, Veranstaltungen in Fußgängerzonen, Gesprächen mit Politikern auf Landes- und Bundesebene und jüngst einen offenen Brief an Bundesinnenminister **Thomas de Maizière** hat der Verband sein Anliegen in den letzten Monaten publik gemacht.

„Wir haben dadurch bereits einige Gesetzesänderungen mit auf den Weg bringen können“, sagt Ferdinand. Noch sei man jedoch nicht am Ziel. Bislang hat es zumindest partielle Verbesserungen zugunsten der Sicherheit von Beschäftigten im öffentlichen Dienst gegeben. Doch die seien nach Ansicht Ferdinands bislang noch zu sehr auf wenige Berufsgruppen begrenzt.

2 13. Frauenpolitische Fachtagung

Frauen 4.0: Diskriminierungsfreies Fortkommen



5 Ehrlich, zielstrebig und pünktlich

Interview mit dem neuen Landesjugendleiter Moritz Pelzer



7 Kreis- und Stadtverbände

Treffen der Vorsitzenden in Düsseldorf



So hat beispielsweise die Bundesregierung am 27. April beschlossen, mit härteren Maßnahmen bei Gewalt gegen Polizeibeamte und Einsatzkräfte zu reagieren. Für die Millionen Beschäftigten anderer Bereiche wie den Bürgerbüros, Finanz- oder Sozialämtern, Schulen oder Ordnungsbehörden bringe

das jedoch keine Veränderung.

Ungezählt sind aus Sicht der dbb jugend nrw auch die Zahl von psychischen und psychosomatischen Erkrankungen, die Dauerbeschimpfung und körperlichen Angriffe bei den Beschäftigten nach sich ziehen können. Statistische Erhebun-

gen zeigen, dass die Zahl solcher Erkrankungen beispielsweise im Lehrerberuf häufiger vorkommen. Laut Daten der Krankenkasse DAK ist der öffentliche Dienst nach den Berufen im Gesundheitswesen insgesamt vom höchsten Krankenstand betroffen. Psychische Störungen spielten dabei eine besonders wichtige Rolle.

„Darum wollen wir uns gezielt dafür einsetzen, diese Fakten an die Arbeitgeber und politischen Entscheider weiterzutragen und so für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst wieder Arbeitsplätze zu schaffen, an denen man angstfrei für das Gemeinwohl arbeiten kann“, sagt Ferdinand. ■

Frauen 4.0: Diskriminierungsfreies Fortkommen im öffentlichen Dienst – Jetzt umdenken

13. Frauenpolitische Fachtagung der dbb bundesfrauenvertretung mit großer Beteiligung aus Nordrhein-Westfalen

„Die Frage nach einem diskriminierungsfreien Beförderungssystem ist frauenpolitisch brisant“, so Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, „weil überwiegend Frauen im öffentlichen Dienst arbeiten. Aktuell sind 56 Prozent aller Stellen weiblich besetzt.“ Nur in etwa einem Drittel der Führungspositionen im öffentlichen Dienst finden sich weibliche Beschäftigte.

Wie in den Vorjahren fand auch diese Tagung sehr großes Interesse bei den gut 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Die Bundesfrauenvertretung präsentierte zu dem Thema, warum auch im öffentlichen Dienst Frauen in ihrem beruflichen Fortkommen im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen stärker benachteiligt werden, namhafte Fachexperten.

Beurteilungs- und Beförderungspraxis im Fokus

Der Fokus liegt eindeutig auf der bestehenden Beurteilungs- und Beförderungspraxis im öffentlichen Dienst. An sich dürfte es gerade in diesem Bereich nicht zu einem Auseinanderdriften der Karrierechancen von Frauen und Männern kommen. Beide Geschlechter müssten dieselben Aufstiegschancen haben; dies gilt auch für Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigte.

Doch die Realität zeichnet ein ganz anderes Bild. Frauen verdienen auch im öffentlichen Dienst geschlechterbedingt weniger als ihre männlichen Kollegen, weil sie häufiger in Teilzeit arbeiten, um Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren. Dabei sind es nicht nur Kinder, die zu einer Unterbrechung der jeweiligen Erwerbsbiografie führen, sondern auch die Pflege von Angehörigen. Doch genau hier liegt die



Trotz der Ernsthaftigkeit des Themas wurde auch gelacht.

Crux für Teilzeitbeschäftigte. Sie werden schlechter beurteilt und seltener befördert, aufgrund der in Deutschland immer noch vorherrschenden männlichen Präsenzpflicht im Büro.

Und das im Zeitalter der Digitalisierung. „In der digitalen Arbeitswelt sind mobile, agile Arbeitskräfte gefragt, die teamfähig, kreativ und technikaffin sind sowie in komplexen Zusammenhängen denken und kommunizieren können. Arbeitssoziologen sehen

hier eindeutig einen Vorteil für Frauen. Ein solches Arbeiten bildet die derzeitige Beurteilungs- und Beförderungspraxis im öffentlichen Dienst kaum ab,“ so die Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung.

Grundlegende Reform notwendig

Eine grundlegende Reform des Beförderungssystems ist daher unerlässlich, um die bestehende Diskriminierung der weiblichen Beschäftigten weiter zu verhindern. Der öffentliche Dienst muss flexibler und innovativer in der bestehenden Beurteilungspraxis werden.

Gut qualifizierte Frauen können hier nicht vergessen werden, denn andernfalls ist der Fachkräftemangel dauerhaft nicht aufzufangen. Daher muss es Wege geben, die gerade weg vom idealtypischen Erwerbsverlauf (Vollzeitbeschäftigung, keine Erwerbsunterbrechungen durch



Nach den Impulsvorträgen diskutierten Jutta Endrusch (stellvertretende Vorsitzende dbb bundesfrauen, 2. von links) und Helene Wildfeuer (rechts) mit Herrn Prof. em. Dr. Dr. Ulrich Battis, Frau Dr. Andrea Jochmann-Döll (GEFA Forschung und Beratung) und Herrn Prof. Dr. Matthias Spörrle.



Gut 300 Zuhörerinnen und Zuhörer folgten der Fachtagung im dbb Forum.

Elternzeiten, Teilzeit- und Telearbeit sowie Pflegezeiten) führen, wie ihn in der Regel Männer vorweisen.

Es gilt die Beurteilenden entsprechend zu schulen, welche die Arbeitsleistung der Beschäftigten beurteilen. „Diese Beurteilenden agieren – auch als Familienväter meist ohne wesentliche zeitliche Unterbrechungen ihrer eigenen Erwerbsverläufe – subjektiv wertend aus ihrer Lebenswirklichkeit heraus als Beurteilende“, so Helene Wildfeuer. Hier gilt es, diese Führungskräfte zu sensibilisieren.

Nach dem Grußwort des Bundesvorsitzenden des dbb, **Klaus Dauderstädt**, referierten am Vormittag die Experten **Prof. em. Dr. Dr. h.c. Ulrich Battis**, **Dr. Andrea Jochmann-Döll**, Leiterin des Forschungs- und Beratungsbüros GEFA (Gender, Entgelt, Führung, Arbeit), und **Prof. Dr. Matthias Spörrle** (Lehrstuhlinhaber für Wirtschaftspsychologie).

Der Nachmittag schloss sich mit einer Podiumsdiskussion an, in dem die Wirtschaftswissen-

schaftlerin **Henrike von Platen** mit einem impulsiven Appell startet. Nach ihrer These „gleiches Geld für gleiche Arbeit für Männer und Frauen würde eine wesentliche Ursache der Diskriminierung berufstätiger Frauen auf einen Schlag beseitigen“, schloss sich die Diskussionsrunde unter der Leitung der Journalistin **Ines Arland** an.

Neben **Roland Staude**, 1. Vorsitzender des DBB NRW, diskutierten noch **Christine Morgenstern**, Leiterin der Abteilung Gleichstellung im Bundesministerium für Familie, Frauen, Senioren und Jugend, **Prof. Dr. Hans Hofmann**, Abteilungsleiter Z im Bundesministerium des Innern, und **Wilhelm Hüllmantel**, ehemaliger Leiter der Abteilung Recht des öffentlichen Dienstes und Personalverwaltung im bayerischen Finanzministerium, mit.

Anspruch auf eine rechtlich belastbare Regelung für NRW

Der Landesvorsitzende des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen stellte hier klar, dass Frauenförderung für den DBB NRW kein Politikum sei. „Dem DBB



Im Podium diskutierten Henrike von Platen, Prof. Dr. Hans Hofmann mit Ines Arland (3. von links), Christine Morgenstern, Roland Staude, und Wilhelm Hüllmantel zur Frage: „Frauenförderung- Wie weit muss man gehen?“

NRW geht es insbesondere um die Gleichstellung der Geschlechter.“ Aufgrund der zum 1. Juli 2016 mit dem Dienstrechtsmodernisierungsgesetz geänderten Fassung des § 19 Abs. 6 LBG NRW, werden Frauen bei einer „im Wesentlichen gleichen Eignung“ im Vergleich zu männlichen Konkurrenten bevorzugt befördert, was seitens des nordrhein-westfälischen Beamtenbundes bereits in allen Stellungnahmen zum Dienstrechtsmodernisierungsgesetz kritisiert wurde.

Letztlich sei durch den Beschluss des OVG NRW das bestätigt worden, was alle Experten in den Anhörungen zuvor geäußert hatten.

Grundsätzlich sei der Ansatz der Landesregierung zwar richtig gewesen, nur die Umsetzung war nicht rechtskonform. Frauenförderung lässt sich gesetzlich nicht verordnen, weil dies ein Verstoß gegen das Prinzip der Bestenlese darstellt. „Für NRW

muss jetzt schnell Rechtssicherheit geschaffen werden,“ so Staude. „Grundsätzlich sind Beurteilungen immer subjektiv, auch wenn die Beurteiler dies nicht gerne hören.“

Daher sei es aus Sicht des Landesvorsitzenden besser gewesen, die Laufbahnverordnung oder die Beurteilungsrichtlinien zu ändern. Mit Blick auf die zwei beim Verfassungsgerichtshof Nordrhein-Westfalen anhängigen Verfahren bleibt es abzuwarten, wann es hier zu einer Entscheidung kommt, und insbesondere, wie die Entscheidung der dortigen Richter für die Landebediensteten dann ausfallen wird.

Mehr zur 13. Frauenpolitischen Fachtagung der dbb bundesfrauenvertretung „Frauen 4.0: Diskriminierungsfreies Fortkommen im öffentlichen Dienst – Jetzt umdenken!“ am 11. Mai 2017 im dbb forum berlin online unter www.frauen.dbb.de.

JDS



Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, Helene Wildfeuer



Roland Staude während der Podiumsdiskussion

© Inga Haar (6)

Elektronische Akte, E-Government und EPOS.NRW

Arbeitsgruppe Personalräte des DBB NRW erkennt gemeinsame Themenfelder

Am 9. Mai 2017 kam die Arbeitsgruppe Personalräte (AG PR) zu einer Sitzung in der Geschäftsstelle des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf unter der Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden des DBB NRW, Wolfgang Römer, zusammen.

Der DBB NRW hat die im letzten Jahr erfolgte Personalratswahl und aktuelle Themen zum Anlass genommen, zu einem Wissens- und Erfahrungsaustausch zu laden. Die Veranstaltung fand regen Zuspruch. Etwa 30 Mitglieder der Hauptpersonalräte (HPR) bzw. der Personalräte (PR) der oberen Landesbehörden aus den jeweiligen Mitgliedsgewerkschaften des DBB NRW nahmen teil. Auch Vertreter für die Personalräte der Kommunen waren anwesend.

Der 1. Vorsitzende des DBB NRW, **Roland Staude**, berichtete zunächst über die aktuelle Situation in Nordrhein-Westfalen und schilderte u. a. den Verlauf der Besoldungsgespräche aus März 2017. Themen wie die Frauenförderung, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, insbesondere die speziellen Probleme, die die Neuregelung des § 19 Abs. 6 des Landesbeamtengesetzes mit sich gebracht haben, waren Gegenstand der lebhaften und fruchtbaren Erörterungen und Diskussionen.

Es stellte sich zudem schnell heraus, dass auf die Themenfelder elektronische Akte, E-Government, EPOS.NRW (Einführung von Produkthaushalten zur Outputorientierten Steuerung – Neues Rechnungswesen) besonderes Augenmerk für die Arbeit der Personalräte zu legen ist.

Hiermit sind ressortübergreifend vielfältige Aufgaben für die Personalvertretungen verbunden. Dies betrifft bei-

spielsweise die Organisation von Arbeitsprozessen, die Leistungskontrolle und den Datenschutz. Stichwort war u.a. der „gläserne“ Mitarbeiter. Hier wurde rasch deutlich, dass alle Landesbediensteten aus allen Ressorts, wenn auch jeweils in unterschiedlichem Umfang und unterschiedlicher Ausprägung, sich neuen Anforderungen – auch in technischer Hinsicht – werden stellen müssen. Es bestand Einigkeit im Gremium, dass

letztlich alle Personalräte mit diesen Themenfeldern konfrontiert werden bzw. sind und hierauf einen Fokus legen müssen.

„Für den DBB NRW ist es äußerst wichtig, im ständigen Austausch mit den Personalräten zu sein, auch damit wir wissen, an welchen politischen ‚Stellschrauben‘ wir drehen müssen, um den Menschen im öffentlichen Dienst in NRW zu helfen“, zieht Roland Staude ein durchweg positives Fazit der Veranstaltung.

Als Ergebnis dieser Veranstaltung kann festgehalten werden, dass diese für alle Beteiligten nicht nur als Erfahrungsaustausch oder wechselseitige Hilfestellung sondern auch deshalb ge-



Stellvertretender Vorsitzender des DBB NRW, Wolfgang Römer

winnbringend ist, weil ausgelotet werden kann, an welchen Stellen der Beamtentbund die Personalräte aus seinen Mitgliedsgewerkschaften zum Wohl aller Beschäftigten unterstützen kann. Klar ist zudem, dass diese Zusammenarbeit intensiv fortgesetzt wird.

MP

Gespräch mit Bundeskanzlerin Angela Merkel

Zu einem gemeinsamen Gedankenaustausch trafen sich die Mitglieder der „Arbeitsgemeinschaft christlich-demokratischer dbb-Beamtentbund-Gewerkschafter/innen“ (AG CDA dbb) mit der Bundeskanzlerin **Angela Merkel** in

Berlin. Ein Thema war die aktuelle Dienstrechtsreform in Nordrhein-Westfalen.

Für Nordrhein-Westfalen waren neben dem Landesvorsitzenden des Deutschen Beamtentbundes Nordrhein-

Westfalen, **Roland Staude**, die Mitglieder des DBB NRW Vorstandes **Andreas Hemsing**, **Wolfgang Römer**, **Andreas Bartsch** und **Erich Rettinghaus** sowie das Ehrenmitglied des DBB NRW, **Ulrich Silberbach**, vertreten.



Treffen der AG CDA dbb mit der Bundeskanzlerin Angela Merkel

© CDA / Jördis Zähning

„Die gewerkschaftliche Arbeit macht mir unglaublich viel Spaß!“

Ein Interview mit dem neuen Landesjugendleiter Moritz Pelzer

Gerade erst auf dem 19. Landesjugendtag der dbb jugend nrw im April dieses Jahres zum neuen Landesjugendleiter gewählt, schon im Interview – mit dem DBB NRW Magazin. Moritz Pelzer (30), ledig, geboren in Bonn, wohnhaft in Bedburg, ist Mitglied der komba gewerkschaft. Von sich selbst sagt er, dass er ehrlich, zielstrebig, herzlich und pünktlich sei. Letzteres war er – zum Interview mit dem DBB NRW Magazin.

DBB NRW: Zunächst meinen herzlichen Glückwunsch zur Wahl als neuer Landesjugendleiter der Deutschen Beamtenschaft Jugend Nordrhein-Westfalen. Mit der Wahl sind Sie automatisch Mitglied im geschäftsführenden Vorstand des DBB NRW. Welche Akzente wollen Sie dort setzen?

Moritz Pelzer: Als Landesjugendleiter Mitglied im geschäftsführenden Vorstand des DBB NRW zu sein ist sehr wichtig, um die Themen der Jugend dort unmittelbar vortragen zu können.

DBB NRW: In der vergangenen Legislaturperiode der Landesjugendleitung hat es ungewöhnlich viele personelle Veränderungen gegeben. Ist die junge Generation nicht mehr bereit, sich für einige Jahre auf ein Ehrenamt einzulassen?

Moritz Pelzer: Auf keinen Fall, da muss ich vehement widersprechen. Wir haben eine Viel-

zahl von Kolleginnen und Kollegen die bereit sind, ehrenamtliche Aufgaben innerhalb der dbb jugend nrw zu übernehmen. Der Wechsel der Personen in der vergangenen Landjugendleitung kam vor allen Dingen dadurch, dass die Aufgabenverdichtung in den Ämtern enorm angestiegen ist. Dadurch gab es für einige keine Möglichkeit mehr, das Ehrenamt so wahrzunehmen, wie man es sich selber vorgestellt und vorgenommen hat. Man wäre seinen eigenen Ansprüchen nicht mehr gerecht geworden.

DBB NRW: Mit ihrer Kampagne „Gefahrenzone öffentlicher Dienst“ hat die dbb jugend nrw deutschlandweit große Aufmerksamkeit erreicht. Welche Schlüsse ziehen Sie aus den Ergebnissen Ihrer Kampagne und wollen Sie diese weiter fortsetzen?

Moritz Pelzer: Die zweite Frage möchte ich gerne zuerst beant-

worten: Auf jeden Fall möchte ich diese Kampagne weiter fortsetzen. Unsere Website „angegriffen.info“ wird nach wie vor stark nachgefragt. Dort werden auch zunehmend Fälle von Übergriffen angezeigt.

Die Kampagne ist nach wie vor wichtig und richtig. Dadurch wurde beispielsweise erst deutlich, dass nicht nur ein bestimmter Bereich im öffentlichen Sektor von Gewalt gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes betroffen ist. Vom Zugbegleiter bis hin zur Schalterkraft, es gibt wirklich keinen Bereich mehr im öffentlichen Dienst, wo nicht die Gewalt – sei es verbal oder auch mit Gewalt – offen zutage tritt. Leider haben die Arbeitgeber noch nicht richtig wahrgenommen, dass sie für den notwendigen Schutz ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verantwortlich sind.

DBB NRW: Meinen Sie, die neue Landesregierung wird hieran etwas im positiven Sinne verändern?

Moritz Pelzer: Ich hoffe das sehr, es war zumindestens auch ein zentrales Thema im Wahlkampf: Innere Sicherheit. Dazu zähle ich auch den öffentlichen Dienst. Die FDP hat sich im Wahlkampf auf die Fahne geschrieben, mehr Polizistinnen und Polizisten einzustellen, um die Bürgerinnen und Bürger besser schützen zu können. Wir werden in Kürze ein Schreiben an den potenziellen neuen Ministerpräsidenten verfassen, indem wir unsere Vorstellungen zu diesem Thema darlegen und ihm als kompetenten Ansprechpartner unsere Zusammenarbeit anbieten.



DBB NRW: Ein wichtiger Schwerpunkt der Arbeit der bisherigen Landesjugendleitung war die internationale Jugendarbeit mit Israel, Republik China/Taiwan, Russland, Ukraine und der Volksrepublik China. Wollen Sie dies in diesem Umfang weiter fortführen? Verzettelt sich nicht die Landesjugendleitung bei der Vielzahl der internationalen Kontakte?

Moritz Pelzer: Das denke ich nicht. Wir hatten in der Vergangenheit eine Anzahl von guten internationalen Kontakten, die wir auch pflegen können und wollen. Dabei unterstützen uns die Kreisjugendgruppen, die die Betreuung vor Ort übernehmen, wenn unsere Partner uns in Nordrhein-Westfalen besuchen kommen.

In diesem Jahr werden wir nach Israel und China fliegen. Das Interesse bei unseren ju-

FERIENZIELE

DEUTSCHLAND

Bauernhof/Nähe St. Peter-Ording, Kühe, Schafe, Ponys, hofeigener Reitweg, Strand 800 m, kinderfrdl., 4-Sterne FeWos, für 2-6 Pers., Frühstück, Sauna, Hausprospekt! Tel. (04862) 8541 www.rickerts.de





gendlichen Mitgliedern an internationalen Kontakten ist vorhanden. Das zeigt die Vielzahl der Anmeldungen für diese beiden in Aussicht genommenen Reisen.

DBB NRW: Wie sind die Erfahrungen mit dem Einsatz von Social Media für die gewerkschaftliche Jugendarbeit?

Moritz Pelzer: Enorm wichtig. Ich habe auch persönlich gemerkt, dass Social Media immer weiter Einzug hält. So werden beispielsweise unsere Veranstaltungen auf Facebook geteilt. Auch in den Kreisjugendgruppen gibt es viele Instagram- und Snapchat-Accounts. Es ist die schnellste Möglichkeit, unsere Mitglieder zu erreichen.

Die dbb jugend nrw betreibt zurzeit neben der klassischen Website einen Facebook- und einen Twitter-Account. Außerdem sind wir auf Instagram und auf YouTube mit einem eigenen Kanal präsent.

DBB NRW: Der Landesjugendtag im April dieses Jahres, auf dem Sie gewählt worden sind, stand unter dem Motto „Sprache von heute bestimmt das Handeln von morgen!“ Der hierzu von der Landesjugendleitung entworfene Leit Antrag wurde von den Delegierten mit großer Mehrheit angenom-

men. Was hat Sie bewogen, auf dieses Thema zu setzen und welche ersten Schritte wollen sie konkret für die Umsetzung dieses Antrages jetzt angehen?

Moritz Pelzer: Das Thema Gewalt gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes in Nordrhein-Westfalen beschäftigt uns seit geraumer Zeit. Bei den Vorbereitungen zum Landesjugendtag haben wir festgestellt, dass nicht zuletzt auch die Sprache ganz wesentlichen Anteil an der Gewalt gegenüber Angehörigen des öffentlichen Dienstes hat. Das wird in der öffentlichen Diskussion zum Thema Gewalt oft vergessen und daher wollten wir ganz bewusst den Fokus auf die „Sprache“ in diesem Zusammenhang setzen.

Für unseren Herbst Landesjugendausschuss haben wir einen Politologen eingeladen, der sich mit der Sprache, die die Rechtspopulisten verwenden, beschäftigt. Was sind die Sprachmuster, wie gelingt es diesen Leuten, die Menschen für sich und für ihre menschenverachtende und ausgrenzenden Politik zu begeistern.

Ganz aktuell kann ich darauf verweisen, dass wir einen offenen Brief gemeinsam mit unserem Kampagnenheft an den Bundesinnenminister **Thomas de Maizière** zum Thema Gewalt geschrieben haben. Wir sind auf dessen Antwort sehr gespannt.

DBB NRW: Der Entschließungsantrag der Landesjugendleitung zum 19. Landesjugendtag in Bergisch Gladbach beschäftigt sich mit der Dienstrechtsreform. Dort haben Sie Ihre eigenen Vorstellungen zu einer Dienstrechtsreform 2.0 festgelegt. Erläutern Sie uns Ihre wichtigsten Forderungen.

Moritz Pelzer: Wir fordern eine bessere Bezahlung für die Berufsanfänger in den Eingangsämtern (von Besoldungsgruppe A 6 auf A 7, von A 9 auf A 10 und von A 13 auf A 14). Das ist gerade für Berufsanfänger sehr wichtig, die auf eigenen Beinen stehen wollen. Wer im (früheren) mittleren Dienst mit A 6 anfängt, dann drei Jahre Probezeit und ein Jahr Beförde-

rungssperre hat, dann ist man für vier Jahre auf A 6 gefangen, steht mit 22 Jahren schon fest im Leben und hatte noch gar keine Chance, befördert zu werden.

Zudem fordern wir die verkürzende Probezeit wieder einzuführen. Außerdem wollen wir bessere Aufstiegsmöglichkeiten vom mittleren in den gehobenen Dienst und vom gehobenen in den höheren Dienst.

Letzter, aber dennoch sehr wichtiger Punkt ist für uns die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wenn man über die Attraktivität des öffentlichen Dienstes spricht, geht das nicht über finanzielle Anreize, sondern mit dem sicheren Arbeitsplatz und der Möglichkeit, Familie und Beruf bestmöglich vereinbaren zu können.

DBB NRW: Abschließend noch eine persönliche Frage. Aus eigener Erfahrung weiß ich, welcher enorme Zeitaufwand mit der Aufgabe eines Mitglieds der Landesjugendleitung der dbb jugend nrw einhergeht. Darum die Frage: Weiß Ihr persönliches Umfeld, auf was Sie sich da eingelassen haben und warum tun Sie sich das an?

Moritz Pelzer: Ich hoffe, mein persönliches Umfeld weiß es; ich habe es auf jeden Fall darauf vorbereitet. Ansonsten macht mir die Arbeit einfach unglaublich viel Spaß.



Moritz Pelzer und Joachim Klein beim Interview (von links)

© Markus Klügel (4)

Ich habe nach der Ausbildung sofort mit der gewerkschaftlichen Jugendarbeit angefangen. Zunächst auf kommunaler Ebene mit den JAV-Wahlen. Über die örtliche Verbandsarbeit in der Fachgewerkschaftsebene (komba) bin ich zum

DBB NRW und damit zur dbb jugend gekommen. Da war es für mich nur der logische Schritt, als sich die Chance geboten hat, Landesjugendleiter zu werden, diese Chance zu ergreifen. Denn ich glaube, dass das ein Riesenehrenamt

ist, in dem man viel bewegen kann.

DBB NRW: Ich bedanke mich für das nette Gespräch, freue mich auf eine gute Zusammenarbeit mit Ihnen und der gesamten Landesjugendleitung.

Das Gespräch führte Joachim Klein (Chefredakteur des DBB NRW Magazins) mit Moritz Pelzer in der Geschäftsstelle der dbb jugend nrw in Düsseldorf.

Sitzung der Kreis- und Stadtverbände

Vorsitzende trafen sich in der Geschäftsstelle in Düsseldorf

Lagebericht zum öffentlichen Dienst in Nordrhein-Westfalen, ein Vortrag zum Urheber- und Persönlichkeitsrecht sowie der wechselseitige Austausch standen bei der diesjährigen Sitzung der DBB NRW Kreis- und Stadtverbände auf dem Programm.

Zu Beginn berichtete der Erste Vorsitzende des DBB NRW, **Roland Staude**, über die Ereignisse der vergangenen Monate. Stark im Fokus stand dabei das Ergebnis der diesjährigen Besoldungsgespräche. Darüber hinaus informierte er über den aktuellen Sachstand zur Frauenförderung sowie zur weiteren Entwicklung des Dienstrechtsmodernisierungsgesetzes.

Im anschließenden Austausch berichteten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über Neuigkeiten aus ihren Kreis- und Stadtverbänden. Dabei kam deutlich zum Vorschein, dass in vielen Regionen aktuell ein



Vorsitzende der Kreis- und Stadtverbände mit Wolfgang Römer (5. von links)

Generationswechsel beginnt, was nicht zuletzt auf eine gute Jugendarbeit zurückzuführen ist.

Abgerundet wurde die Sitzung durch einen Vortrag von **Dr. Daniel Kötz**. Der Fachanwalt für Urheber- und Me-

dienrecht erklärte den Teilnehmerinnen und Teilnehmern in einem informativen und kurzweiligen Vortrag die wichtigsten Fakten rund um die Themen Urheber- und Persönlichkeitsrecht. Dabei machte er auch auf so manche Fallstricke aus dem prak-

tischen Alltag aufmerksam und gab den interessierten Zuhörerinnen und Zuhörern damit ein kompaktes Praxiswissen für die Arbeit in ihren Kreis- und Stadtverbänden mit auf den Weg.

JM

„Wertebildung als Zusammenhalt unserer Gesellschaft“

Gewerkschaftstag des DBB Kreisverbandes Hamm mit Diskussionsrunde

Zu ihrem diesjährigen Gewerkschaftstag konnte der DBB-Kreisverband Hamm zahlreiche Mitglieder der dem Deutschen Beamtenbund und Tarifunion angeschlossenen Fachgewerkschaften auf Schloss Oberwerries begrüßen. Sie wurden neben ihrem Vorsitzenden Dirk Stratmann auch vom Oberbürgermeister der Stadt,

Thomas Hunsteger-Petermann, herzlich willkommen geheißen.

Nach erfolgter Aussprache zum Geschäftsbericht und Entlastung des Gesamtvorstandes

stand im weiteren Verlauf der Veranstaltung das Thema der zunehmenden Gewalt und Re-

Herausgeber: Deutscher Beamtenbund Nordrhein-Westfalen, Ernst-Gnoß-Straße 24, 40219 Düsseldorf. Roland Staudé (Vorsitzender). **Telefon:** 0211.491583-0. **Telefax:** 0211.491583-10. **E-Mail:** redaktion@dbb-nrw.de. **Internet:** www.dbb-nrw.de.
Chefredakteur: Joachim Klein (JK).
Redaktion: Julia Dalhoff-Schereik (JDS), Johanna Muschalik (JM), Malte Poerschke (MP)
Bildredaktion: Tanja Henze
Redaktionsschluss: am 15. jeden Monats.
Hinweis: Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers dar.
Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift erscheint zehnmal jährlich. Der Abonnementspreis für Nichtmitglieder des dbb beträgt jährlich 15,90 Euro zuzüglich Postgebühren, der Bezugspreis für das Einzelheft 2,00 Euro, Bezug durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag. Für Mitglieder des Deutschen Philologenverbandes ist der Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Verlag: dbb verlag gmbh. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.
Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern.
Anzeigen: dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Anzeigentarif Nr. 39, gültig ab 1.10.2016. **Ständige Beilage:** dbb magazin. ISSN 1438-2989

Postvertriebsstück G 6051 • Deutsche Post AG „Entgelt bezahlt“

spektlosigkeit gegenüber Be- diensteten im öffentlichen Dienst im Rahmen einer Podi- umsdiskussion auf der Tages- ordnung. Verbale Gewalt, aber auch körperliche Auseinander- setzungen sind in vielen Beru- fen des öffentlichen Dienstes wie bei der Polizei, im Ret- tungsdienst, bei Sozialämtern und Job-Centern aber auch in der Schule mittlerweile zur all- täglichen Realität geworden.

Die Hemmschwelle dabei, letztlich gewalttätig zu wer- den, sinkt immer mehr.

Unter der Moderation des Lan- deskorrespondenten **Robert Vornholt** diskutierten zu die- sem besonderen Thema wie auch zu anderen Herausforde- rungen im öffentlichen Dienst die eingeladenen Kandidaten für die Landtagswahl im Mai 2017.

Vor dem Hintergrund zuneh- mender Angriffe auf Beschäf- tigte im öffentlichen Dienst waren sich alle Vertreter der politischen Fraktionen darüber einig, dass ausreichend Maß- nahmen wie sichere Raum- konzepte, Büro- und Schutz- ausrüstungen oder auch Schulungen im Umgang mit Gefahrensituationen verstärkt angeboten werden müssen. An konkreten Beispielen wei-

tergehender Maßnahmen im Bereich der Polizei (Einsatz von Schulterkameras bzw. Body- cams) kristallisierten sich in der Diskussion immer wieder unterschiedliche Auffassungen zur Geeignetheit solcher Vi- deoüberwachungen heraus. Auch die Frage zum Daten- schutz wurde kontrovers dis- kutiert.

Zum Thema Werteverfall und Verrohung von Kommunika- tion in sozialen Medien hatte schließlich niemand ein Pa- tentrezept anzubieten. Nur im Appell an die Familien so- wie an alle weiteren Gesell- schaftsmitglieder waren sich alle Anwesenden einig: Durch partnerschaftliches Miteinander sowie einem re- spektvollen Umgang in allen Bereichen des gesellschaftli- chen Lebens dafür Sorge zu tragen, dass Werte in unserer Gesellschaft wieder zukünf- tig ihren Stellenwert bekom- men.



© KV Hamm

Robert Vornholt (Landeskorrespondent des Westfälischen Anzeigers, Moderation), Martin Kesztyüs (Piraten-Partei), Marc Herter (SPD), Karsten Weymann (Bündnis/90/Die Grünen), Ulrich Reuter (FDP), Arnd Hilwig (CDU) (von links)

DBB Kleve besucht Museumsstube des DRK

Zur Vorstandssitzung des geschäftsführenden Vor- stands des DBB Kreisver- bands Kleve begrüßte der Vorsitzende Willi Fischer die Kollegen und beson- ders den Ehrenvorsitzen- den Willy Schnackerz.

Vor Beginn der Sitzung wurde die Museumsstube des Deu- tischen Roten Kreuzes in Kleve besucht. Hier wurde die Zeit- geschichte des DRK mit histori- schen Exponaten präsentiert. ■



© KV Kleve

Aloys van Heukelum, Uwe Fengels, Klaus Aengenheyster, Karl-Heinz Straeten, Willi Fischer, Willy Schnackerz, Dietmar Leimann (von links)